

**Mitglied SPD-Fraktion**

Ratsmitglied Holger Barkowsky  
Ratsmitglied Hans Gabriels

**Mitglied CDU-Fraktion**

Ratsmitglied Martin Harms  
Beigeordneter Heinz Weerda

**Mitglied FDP-Fraktion**

Ratsmitglied Horst Radmer

**Mitglied Gruppe BASU/Tholen**

Ratsmitglied Joachim Ender

**Bedienstetenvertreter**

Bedienstetenvertreter Roland Müller  
Bedienstetenvertreter Detlef Schue

**es fehlten entschuldigt**

2. Bürgermeister Werner Biehl (Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Grundmandat)  
Bedienstetenvertreter Aloys Kiepe

**Dezernent**

Stadtrat Dr. Jens Graul

**vom Eigenbetrieb, WEB**

Abteilungsleiter Tim Menke  
Abteilungsleiter Walter Meyer  
Werksleiter Franz Neugebauer  
Stellv. Werksleiter Kai-Uwe von Thülen  
Abteilungsleiter Thomas Wolanski

**Protokollführerin**

Protokollführerin Wiebke Klattenberg

**Gäste:**

Herr Volker Vennegeerts von der Ingenieurgesellschaft Nordwest mbH

Herr Udo Meyer von der ATUS GmbH

Herr Frank Rademacher von der Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH

Herr Jens Rückert von der Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH

**A Öffentlicher Teil**

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Entsorgungsbetriebe vom 04.07.2007 und 09.07.2007
- 3 Vorlagen an den VA
- 3.1 Ausnahme vom Einstellungsstopp: Einstellung einer Diplom-Ingenieurin/ eines Diplom-Ingenieurs
- 4 Mitteilungen und Anfragen
- 4.1 Information über den Planungsstand Regenrückhaltebecken Brommygrün
- 4.2 Vorstellung des Abfallwirtschaftskonzeptes für die Stadt Wilhelmshaven durch die ATUS GmbH

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Gabriels, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Entsorgungsbetriebe vom 04.07.2007 und 09.07.2007

**Beschluss-** - einstimmig zugestimmt -  
**vorschlag:**

- 3 Vorlagen an den VA  
3.1 Ausnahme vom Einstellungsstopp: Einstellung einer Diplom-Ingenieurin/ eines Diplom-Ingenieurs

**Herr Neugebauer** führte aus, dass **Herr Meyer**, als Leiter der Abteilung Bau, Ende Februar 2008 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit eintrete.

Er stellte dar, dass das Aufgabengebiet von **Herrn Meyer** die Aufgabenfelder Planung, Neubauten und Sanierung des Wilhelmshavener Kanalsystems umfasst und dass eine Kompensation der wahrgenommenen Aufgaben innerhalb der WEB durch andere MitarbeiterInnen nicht leistbar sei. Aus diesem Grunde wird beantragt, dass durch den Verwaltungsausschuss eine Ausnahme vom allgemein geltenden Einstellungsstopp bewilligt wird.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Radmer und Ender**. **Herr Neugebauer** informierte ergänzend, dass nach dem Integrierten Managementsystem die Aufstellung eines Organigramms sowie einer Stellenbeschreibung für jede einzelne Stelle vorgeschrieben sei. Die Organisationshoheit liege bei der Werksleitung der WEB. Die Abteilung Bau soll nach dem Ausscheiden des Abteilungsleiters vollständig in die Abteilung Stadtentwässerung integriert werden.

**Auf Nachfrage von Herrn Ender** erläuterte **Herr Neugebauer**, dass die Einstufung in die Entgeltgruppen des TVÖD davon abhängig sei, ob man einen Berufsanfänger oder eine Fachkraft mit bestehender Berufserfahrung einstelle.

Abschließend gab **Herr Neugebauer** dem Ausschuss zur Kenntnis, dass sich die Sitzungsreihenfolge verändert habe. Der Ausschuss für Personal- und Gleichstellungsfragen tagte am 02.10.2007 und der Verwaltungsausschuss am 08.10.2007.

**Beschluss-** - einstimmig zugestimmt -  
**vorschlag:**

Der Verwaltungsausschuss stimmt der Einstellung einer Diplom-Ingenieurin / eines Diplom-Ingenieurs für die Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe zum 01.01.2008 zu.

Die Dotierung der Position erfolgt nach den Eingruppierungsvorschriften des TVÖD.

#### 4 Mitteilungen und Anfragen

##### 4.1 Information über den Planungsstand Regenrückhaltebecken Brommygrün

**Herr Vennegeerts** von der Ingenieurgesellschaft Nordwest mbH informierte über den Planungsstand zum Neubau des Regenrückhaltebeckens im Brommygrün. Er erläuterte eingangs, dass es sich um die Umsetzung einer weiteren Maßnahme aus dem Generalentwässerungsplan handle.

Ähnlich wie beim Stauraumkanal im Parkmittelweg soll ein Rückhaltevolumen (hier 3.500 cbm) als unterirdisches Betonbauwerk entstehen. Der Baubeginn sei für Anfang 2008 vorgesehen, die Bauzeit werde voraussichtlich 1 Jahr betragen. Durch die Platzierung des Regenrückhaltebeckens im Bereich der vorhandenen freien Rasenfläche würden die Baumbestände geschont, die Nutzung des Sandspielplatzes und des östlichen Verbindungsweges soll weitgehend sichergestellt werden.

**Herr Vennegeerts** erläuterte, dass nach einer erstellten Bodenbegutachtung die Einfassung des Bauwerkes und eine abdichtende Sohle erforderlich seien, um Auswirkungen auf angrenzende Wohngebäude auszuschließen. Durch die Ingenieurgesellschaft Nordwest mbH wurden insgesamt 7 Beckenvarianten auf ihre Praktikabilität und ihre technische sowie monetäre (Investitionskosten, Reinvestitionskosten, Betriebskosten und Wartungskosten) Umsetzbarkeit geprüft. Die Spannweite bei den ermittelten Kosten reiche von 2,35 Mio. € bis 2,91 Mio. € brutto.

Die günstigste Variante B 2, ein Rundbehälter mit einem Durchmesser von 28 m, im Absenkverfahren eingebaut, werde aufgrund der speziellen Bauweise und des großen Baugrundrisikos nicht favorisiert.

Zur Ausschreibung werde daher die Variante E, ein Rundbehälter mit einem Durchmesser von 28 m mit einer verlorenen Spundwand als Bauwerkswand gelangen. Das Kostenvolumen werde auf 2,42 Mio. € geschätzt.

Das Bauwerk werde über ein integriertes Pumpwerk verfügen und eine Bauwerkstiefe von 5,8 m aufweisen. Die Tiefe der Baugrube werde ca. 9,5 m betragen.

Diese Maßnahme sei nach Darstellung von **Herrn Vennegeerts**, anders als z. B. die Variante B2, auch von hiesigen Unternehmen umsetzbar.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Ender, Schue, Neugebauer, Vennegeerts, Radmer, Dr. Graul, Barkowsky** und **Weerda**. Hierbei wurde durch **Herrn Dr. Graul** noch einmal betont, dass das Volumen des Regenrückhaltebeckens durch den Generalentwässerungsplan vorgegeben sei. Dieser fuße auf Regenereignissen die einmal in 5 Jahren aufträten. Ein größeres Volumen sei durch das vorhandene Kanalnetz nicht zu bewältigen.

Um weitere Regenrückhaltevolumen zu schaffen, sind weitere Becken an der Ecke Peter-/Mitschlichstraße und im Bereich der Genossenschaftsstraße in Bant geplant. In 2008 werden in Heppens durch Kanalvergrößerungen weitere Rückstauvolumina geschaffen.

Der Werksausschuss Entsorgungsbetriebe nahm zustimmend Kenntnis.

#### 4.2 Vorstellung des Abfallwirtschaftskonzeptes für die Stadt Wilhelmshaven durch die ATUS GmbH

**Herr Meyer** von der ATUS GmbH stellte das Abfallwirtschaftskonzept für die Stadt Wilhelmshaven vor. Zunächst erklärte **Herr Meyer**, dass Wilhelmshaven schon sehr früh (1985) mit der getrennten Erfassung von Wertstoffen und Schadstoffen begonnen habe. 1995 wurde erstmalig ein Abfallwirtschaftskonzept verabschiedet. Es sei nun erforderlich, das Abfallwirtschaftskonzept fortzuschreiben.

Die Restabfallmengen seien nach Aussage von **Herrn Meyer** über die Jahre gleich geblieben, nämlich bei ca. 200 kg / Jahr pro Einwohner. Das Sperrmüllaufkommen sei über die Jahre etwas angestiegen (60-70 kg / Jahr pro Einwohner). Bei den Bio- und Grünabfällen würden insgesamt zwischen 8.000 t und 9.000 t erfasst (80 kg / Jahr pro Einwohner). Die hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle weisen durchschnittlich 120 kg / Jahr pro Einwohner auf, was dem Bundesdurchschnitt entspreche.

Das gesamte Abfallaufkommen sei über die Jahre annähernd gleich geblieben. Verglichen mit dem Land Niedersachsen weise Wilhelmshaven im Restabfall- und Sperrmüllbereich leicht höhere Mengen auf. Im Bereich der Bio- und Gartenabfälle weise Wilhelmshaven niedrigere Mengen auf. Ein Grund dafür sei, dass die Anlieferung von Bio- und Gartenabfällen im Entsorgungszentrum Geld koste (BürgerInnen zögen die Kompostierung auf ihrem eigenen Grundstück vor).

Anschließend gab **Herr Meyer** einen Überblick über die Instrumente der Abfallvermeidung. Hierbei stellte er folgende Instrumente dar:

- Ordnungsrechtliche Maßnahmen (z.B. Mehrweggebote bei öffentlichen Veranstaltungen)
- Abgaben, Gebühren und Satzungen
- Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Aktion Frühjahrsputz)
- Kooperative Maßnahmen (z.B. Selbstverpflichtungen des Handels)
- Produktorientierte Maßnahmen/Beschaffungswesen z.B. Dienstanweisung "Abfallvermeidung und -verwertung in der Stadtverwaltung sowie in Schulen"
- Schaffung von Sekundärmärkten (z.B. Fahrräder für Kinder)

Als Fazit aus seiner Darstellung ergaben sich die folgenden Aussagen:

- Die kommunalen Möglichkeiten zur Förderung der Abfallvermeidung sind beschränkt.
- Verursachergerechte Gebührenbemessung kann die Verteilung der Abfallströme beeinflussen.
- Durchschlagende Konzepte zur Abfallvermeidung bestehen jedoch nicht.
- Am ehesten umsetzbar: Maßnahmen zur produktionsintegrierten Abfallvermeidung, diese liegen jedoch außerhalb des kommunalen Einflusses.

Ansatzpunkte zur Verbesserung der abfallwirtschaftlichen Regelungen sieht die ATUS GmbH lediglich im Sperrmüllbereich. Die bestehenden Regelungen sehen derzeit eine kostenfreie Sperrmüllabholung vor, während bei der Anlieferung im Entsorgungszentrum Wilhelmshaven (EZW) Gebühren erhoben werden. **Herr Meyer** gab hierzu die Anregung, mehr Kostengerechtigkeit zwischen Sperrmüllanlieferungen zum EZW und der Sperrmüllabholung anzustreben.

Bei Einführung einer Sperrmüllgebühr, erläuterte **Herr Meyer** weiter, werde die Anzahl der Sperrmüllabfuhrten zunächst zurückgehen, sich jedoch schnell wieder dem alten Niveau annähern. Nachteile beständen bei der Abwicklung der Bezahlung. Diese sei über Lastschriftermächtigungen auf der Sperrmüllkarte oder über Wertmarken realisierbar. Vorteil sei, ein verursachergerechtes Gebührenmodell.

Auf Nachfrage von **Herrn Weerda** informierte **Herr Meyer**, dass Wilhelmshaven prozentual, was das Abfallaufkommen betreffe, mit Hamburg zu vergleichen sei.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Weerda, Dr. Graul, Barkowsky, Wolanski, Neugebauer, Ender, Harms, Schue** und **Gabriels**. Die Einführung einer Sperrmüllgebühr würde unter dem Gesichtspunkt der Gebührengerechtigkeit als notwendig angesehen. Die Handlungsnotwendigkeit sei insbesondere dadurch gegeben, dass bei der Anlieferung von Sperrmüll im EZW die Mitarbeiter auf Unverständnis bei der Erhebung von Gebühren über 2 cbm (zwischen

70 € und 100 €) stoßen würden. Es müsste jedoch so sein, dass die Anlieferung im EZW günstiger, als die Abholung von Sperrmüll sei. Das Konzept müsse eingehend betrachtet werden, da ein häufiger Wechsel bei der Erhebung der Gebühren negativ auf die Einwohner wirke.

**Herr Schue** äußerte den Vorschlag, den Einwohnern 1 x pro Jahr eine Sperrmüllentsorgung frei zu gestatten, die restlichen Entsorgungen müssten über die Restabfallgebühr verrechnet werden.

**Herr Harms** erkundigte sich nach der Weiterverwertung von Bioabfällen. **Herr Neugebauer** erläuterte hierzu, dass der in Wiefels erzeugte, qualitativ hochwertige, Kompost aufgrund hoher Bestände derzeit umsonst abgegeben werde. **Herr Weerda** begründete diesen Umstand damit, dass der extrem nährstoffreiche Dünger nur beschränkt eingesetzt werden könne.

**Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 11:28 Uhr**